

II-3591 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1789/J

DRINGLICHE ANFRAGE

1985 -12- 16

der Abgeordneten Dr. SCHÜSSEL, GRAF, Dr. PUNTIGAM, Ingrid  
TICHY-SCHREDER, Dr. Helga RABL-STADLER  
und Kollegen  
an den Bundeskanzler  
betreffend einen Neuen Anfang in der Budget- und Wirt-  
schaftspolitik durch rasche Nationalratswahlen

"Die verstaatlichten Unternehmungen stehen vor der Aufgabe, die Grundstoffherzeugung weiter zu modernisieren und gleichzeitig in neue Finalproduktionen vorzustoßen. Dabei ist eine längerfristige, zukunftsorientierte Strategie für jeden einzelnen Unternehmensbereich zu entwickeln." Dies sagte Bundeskanzler Dr. Sinowatz in seiner Regierungserklärung vom 31. Mai 1983.

Die Wirklichkeit sah vor und nach dieser Regierungserklärung anders aus.

Die Wirtschaftspolitik der Regierungen Kreisky und Sinowatz hat dazu geführt, daß in relativ kurzer Zeit die größte und die zweitgrößte verstaatlichte Bank Österreichs sowie der größte und der zweitgrößte Konzern der Republik enorme Steuer-gelder zugesprochen erhielten, um überleben zu können.

- + Die Verstaatlichte Industrie erhielt in den vergangenen Jahren von den Steuerzahlern einen Zuschuß von mehr als 26 Mrd. Schilling.
- + Die Länderbank bekam 3 Mrd. Schilling.
- + Für den CA-Konzern mußten 7,2 Steuermilliarden bereitgestellt werden.

Zu diesen Beschlüssen hat die Österreichische Volkspartei jeweils umfassende Vorschläge eingebracht, die darauf abzielten, die Gewährung von Steuerzuschüssen von der Durchführung von längerfristigen Sanierungs- und Strukturkonzepten abhängig zu machen.

Die Vorschläge der ÖVP, deren Richtigkeit und Bedeutung sich spätestens beim VOEST-Debakel herausstellten, wurden aber durch Jahre hindurch abgelehnt.

Nun wird von der Verstaatlichten für das nächste Jahr neuerlich ein Finanzbedarf in Höhe von 15 - 20 Mrd. Schilling angemeldet.

Damit werden die Zuschüsse an die Verstaatlichte aus Steuer-  
geldern fast  $\frac{2}{3}$  der gesamten Lohnsteuereinnahmen des Staates  
im Jahre 1985 ausmachen.

Das VOEST-Debakel hat in den vergangenen Wochen das Ergebnis von 15 Jahren sozialistischer Wirtschaftspolitik im Bereich der Verstaatlichten für alle Bürger unseres Landes sichtbar gemacht.

So wie die Rahmenbedingungen für die Verstaatlichte durch die Wirtschaftspolitik der Regierung immer schlechter wurden, so gerät auch die übrige Wirtschaft in immer größere Schwierigkeiten.

Eigenkapitalbildung ist kaum mehr möglich,  
die Förderung der Forschung unterentwickelt,  
die öffentlichen Investitionen gehen zurück.

Eine längst fällige und von der Regierung versprochene  
Steuersenkung wurde abgesagt,  
die Pensionen praktisch gekürzt.

- 3 -

Die Belastungswellen der Regierung haben den Unternehmungen Substanz und den Menschen die Lust an verstärkter Leistung genommen.

Erstmals hat das Defizit des Staates die 100-Mrd.S.-Grenze überschritten und mußte noch während der laufenden Budgetberatungen im Nationalrat um 3 Mrd.S nach oben, auf 106 Mrd.S korrigiert werden.

Die versprochene Budgetsanierung blieb aus, die Ausgaben explodieren, weil kein ernsthafter Versuch unternommen wurde, die Verschwendung von Steuergeldern zu stoppen.

Das Budget leistet kaum mehr einen Beitrag zum Kampf gegen die Armut und Arbeitslosigkeit.

Länger- oder mittelfristige Konzepte gibt es kaum mehr.

Über die finanziellen Auswirkungen der Milliardenzuschüsse für die verstaatlichte Wirtschaft auf die Budgets der nächsten Jahre ist wenig bekannt.

Bundeskanzler und Finanzminister versuchen zu verniedlichen und über die Runden zu kommen.

Der österreichische Steuerzahler steht der wirtschaftspolitischen Entwicklung in Österreich bestürzt und voll Unbehagen gegenüber.

Denn: alles was die sozialistische Koalitionsregierung verbraucht, wird sie - über kurz oder lang - zu einem neuerlichen tiefen Griff in die Taschen der Bürger veranlassen.

Die Österreichische Volkspartei fordert daher im Interesse der Bürger einen Neuen Anfang durch rasche Nationalratswahlen.

Dazu gehört, daß die Österreicherinnen und Österreicher die Chance erhalten, die Zusammensetzung von Parlament und Regierung neu zu bestimmen.

Regierungsumbildungen genügen nicht, sie haben in der Vergangenheit zu keiner Änderung des verfehlten wirtschaftspolitischen Kurses geführt.

Um die Auswirkungen der Milliardenzuschüsse an die verstaatlichte Wirtschaft auf die künftige Entwicklung des Staatshaushaltes und auf die Zukunft der gesamten österreichischen Wirtschaft absehen zu können und damit die Notwendigkeit für einen Neuen Anfang deutlich zu machen, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler unter Bezugnahme auf seine Gesamtverantwortung folgende

A n f r a g e :

- 1) Wie hoch werden die Gesamtkosten aus der Finanzhilfe für die Länderbank (Kapital und Zinskosten) sein und welche Budgetbelastungen ergeben sich in den kommenden Jahren im einzelnen daraus ?
- 2) Wie hoch werden die Gesamtkosten aus der Finanzhilfe für die Creditanstalt-Bankverein (Kapital und Zinskosten) sein und welche Budgetbelastungen ergeben sich in den kommenden Jahren im einzelnen daraus ?
- 3) Wie hoch werden die Gesamtkosten aus der bereits beschlossenen Finanzhilfe (insbesondere aus dem zuletzt beschlossenen Zuschuß in der Höhe von 16,6 Mrd.S) für die Verstaatlichte Industrie (Kapital und Zinskosten) sein und welche Budgetbelastungen ergeben sich in den kommenden Jahren im einzelnen daraus?

- 5 -

- 4) Wie hoch werden die Gesamtkosten aus der zu erwartenden neuen Finanzhilfe für die Verstaatlichte Industrie (Kapital und Zinskosten) sein und welche Budgetbelastungen ergeben sich in den kommenden Jahren im einzelnen daraus?
- 5) Welcher Prozentsatz der aus den Finanzhilfen für Creditanstalt, Länderbank und Verstaatlichter Industrie entstandenen Gesamtbelastung des österreichischen Staatshaushaltes ist mit den vergangenen Budgets schon bezahlt worden ?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner vor Eingang in die Tagesordnung Gelegenheit zur Begründung zu geben.